



Konfliktreiche Supervision

Psychotherapeutische Berater und Sozialberater könnten ein Coaching gut gebrauchen.

Erst zeigte die Kammer in der Supervision tätige Berater wegen fehlenden Gewerbescheins an, dann klagte sie wegen deren angeblicher Bevorzugung. Jetzt gibt es eine Entscheidung.

Andreas Schnauder

Es wäre nicht Österreich, würde nicht regelmäßig um Zulassung zur und Grenzen der Berufsausübung gestritten. Einmal sind es Rechtsanwälte und Steuerberater, die sich in die Haare kommen, dann Ernährungstrainer und -wissenschaftler. Viele andere Beispiele gäbe es, bei denen die Stände um ihre Rechte kämpfen. Ein heftiges Tauziehen gibt es seit einiger Zeit im Bereich der Beratung. Konkret haben die in der Wirtschaftskammer angesiedelten Lebens- und Sozialberater der aufstrebenden Zunft der Supervision den Kampf angesagt.

Supervisoren helfen in angespannten Zeiten und Berufsfeldern, mit brenzligen Situationen umzugehen oder die Teamfähigkeit zu verbessern. Besonders gefragt ist Supervision in medizinischen, sozialen oder pädagogischen Bereichen, in denen es oft gesetzliche Verpflichtungen für diese Form der Beratung gibt. Dazu kommen zusehends Manda-

te in der Privatwirtschaft, in der etwa Führungskräfte Wert auf die Dienste der Supervisoren legen.

So weit, so gut – oder auch nicht: Die Wirtschaftskammer hat ein massives Problem mit der Supervision, da sich der Stand als freier Beruf sah. Die logische Konsequenz aus Sicht der Supervisoren: Die Pflichtmitgliedschaft in der Kammer kommt für sie nicht zu tragen. Man wurde eines Besseren belehrt.

Seit mehr als einem Jahr bläst die WKO zum Halali auf Mitbewerber. Bis auf Psychiater, Psychotherapeuten und Psychologen sollen alle Supervisoren – rund 1300 in Österreich – unter das Kammer-Kuratel. Der WKO-nahe Schutzverband gegen unlauteren Wettbewerb heftete sich an die Fersen der vermeintlichen Freiberufler und zeigte sie reihenweise an. Mit Erfolg – auch dank der Rolle des Wirtschaftsministeriums, das die Position der Kammer unterstützt.

Zahlreiche Supervisoren wurden zu Strafzahlungen verdonnert – und zum Lösen eines Gewerbescheins. Dort müssen oder dürfen sie sich nun unter die Lebens- und Sozialberater, manchmal auch unter die Unternehmensberater mischen. Selbst den Auftraggebern wurden Puschler-Anzeigen angedroht, sollten sie Nicht-Kammermitglieder beauftragen, berichtet Wolfgang Knopf von der Österreichischen Vereinigung für Supervision und Coaching (ÖVS).

Streit um Behindertenhilfe

Doch es kam noch mehr Unbill hinzu. Die Kammer hat auch ein Problem damit, dass öffentliche Einrichtungen oft exklusiv mit Supervisoren zusammenarbeiten. So beispielsweise in der Steiermark, wo in der Behindertenhilfe tätigen Personen eine Supervision erhalten. Dabei greift man ausschließlich auf Leistungen von ÖVS-Mitgliedern oder von Psychologen und Psychotherapeuten

zurück. Reine Sozialberater dürfen nicht engagiert werden.

„Aufgrund dieser Diskriminierung haben wir eine Klage eingereicht“, teilte die Kammer im November mit. Der Antrag auf einstweilige Verfügung richtete sich gegen das Land Steiermark, die für die Organisation der Behindertenhilfe verantwortlich zeichnet. Das Verfahren wurde prompt zur Musterklage hochstilisiert, werden doch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ähnliche Missstände geortet. Man berief sich u. a. darauf, dass auch viele Sozialberater eine Kurzausbildung zum Supervisor gemacht haben.

Doch die Kammer blitzte ab. Der Oberste Gerichtshof hat entschieden, dass die Kurzausbildung zum Supervisor der Sozialberater nicht gleichwertig mit der Ausbildung der in der ÖVS vertretenen Berufe sei. Für Knopf keine Überraschung: Immerhin betrage die Ausbildungsdauer inklusive Praxis 575 Stunden.

KURZ GEMELDET

Trübe Aussichten für Weltwirtschaft

Paris – Die Industrieländer-Organisation OECD erwartet 2019 das niedrigste Wachstum der Weltwirtschaft seit der Finanzkrise. Vor allem der Handelskonflikt zwischen den USA und China bremst, heißt es im aktuellen Konjunkturausblick. Die Weltwirtschaft dürfte 2019 demnach nur um 2,9 Prozent wachsen. Im Mai ging die OECD von einem Plus von 3,2 Prozent aus. Für die Eurozone und die USA wurden die Prognosen für das laufende und das kommende Jahr gesenkt. Besonders skeptisch blickt die OECD auf Deutschland. Die Prognose für das laufende Jahr wurde um 0,2 Punkte auf 0,5 Prozent gekürzt. (APA)

Mammutprozess um VW-Sammelklage

Braunschweig – Vier Jahre nachdem die Diesel-Tricksereien von Volkswagen ans Licht gekommen sind, warten hierzulande viele Dieselfahrer auf Entschädigung. Am 30. September beginnt vor dem Oberlandesgericht Braunschweig die mündliche Verhandlung um Ansprüche Hunderttausender VW-Kunden. Bis zu einer Entscheidung dürften Jahre vergehen. 1100 Österreicher, denen der Verbraucherschutzverein (VSV) von Peter Kolba geholfen hat, sich ins Klageregister einzutragen, sind als Geschädigte dabei. Bis zum 29. September besteht noch die Möglichkeit, sich einzutragen. (APA)

Münzkontor soll Fall für die Justiz werden

Wien – Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat eine Sachverhaltsdarstellung zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen Verdachts auf Betrug gegen die als „Österreichisches Münzkontor“ auftretende Firma HMK V AG eingebracht. Das Geschäftsmodell stelle darauf ab, dass durch eine Bestellung ein Mechanismus ausgelöst werde, bei dem der Kunde laufend weitere (wertlose) Münzen und Medaillen zugesendet bekomme und diese zahlen oder innerhalb einer Frist zurückschicken müsse. Nach einer ersten Verurteilung wegen aggressiver Geschäftsmethoden hat der VKI nun die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. (APA)

Ryanair streicht bis zu 700 Jobs

Dublin – Der irische Billigflieger Ryanair will 500 bis 700 Arbeitsplätze streichen. Die Gesellschaft habe rund 500 Piloten zu viel an Bord, sagte Vorstandschef Michael O’Leary am Donnerstag auf der Hauptversammlung in Dublin. Einige könnten für zwölf Monate ohne Bezahlung freigestellt werden, doch es werde auch Entlassungen geben. Ryanair begründete das damit, dass sich die Auslieferung neuer Boeing-Flugzeuge des gesperrten Modells 737 Max verzögere. Das Aktionärstreffen stimmte mit hauchdünner Mehrheit von 50,5 Prozent für ein Bonusprogramm, durch das der Ryanair-Chef über einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt rund 100 Millionen Euro zusätzlich kassieren könnte. Voraussetzung ist, dass er die Margen oder den Aktienkurs verdoppelt. (Reuters)

GANZ KURZ

+++ **Pkw-Maut** Die von der ÖVP präsentierten Pläne für Vignetten-Ausnahmen lehnt die FPÖ ab.
+++ **Verschwendene Akten** Die Staatsanwaltschaft München ermittelt rund um Rüstungsprojekte wegen Spionageverdachts gegen Airbus-Mitarbeiter.

Manager-Steuer malus verpufft

WU-Studie: Keine Auswirkung auf Gehähen

Wien – Vor fünf Jahren hat die damalige SPÖ-ÖVP-Koalition versucht, hohe Managergehälter für Unternehmen teurer und damit weniger attraktiv zu machen. Im Abgabenänderungsgesetz von 2014 wurde festgeschrieben, dass Unternehmen Einkommen ihrer Manager, die über 500.000 Euro im Jahr liegen, nicht mehr als Ausgabe von der Steuer abziehen dürfen. Damit sollte das Einkommensgefälle verringert werden.

Praktisch alle Interessenvertreter gingen davon aus, dass dadurch die Managergehälter sinken würden, weil die steuerliche Belastung für die Unternehmen ansteigt und damit die Zahlungsbereitschaft der Unternehmen abnehmen würde. Doch das ist nicht der Fall, wie nun eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien zeigt.

Die betroffenen Gehälter in Österreich gingen nicht zurück, sie stagnierten nicht einmal. Die Manager waren durch die Maßnahme also nicht betroffen. Die betroffenen Firmen verzeichneten hingegen einen Steueranstieg von ungefähr vier Prozent der durchschnittlich gezahlten Unternehmenssteuern. Die Kosten für Vorstandvergütungen stiegen um rund 17 Prozent.

„Wir sehen, dass die höhere Belastung innerhalb der Unternehmen vermutlich durch eine Verringerung der liquiden Mittel ausgeglichen wird, wodurch die Unternehmen letztlich weniger krisenfest werden und die erhöhte Steuerbelastung letztendlich die Anteilseigner der Unternehmen trifft“, so Co-Autor Tobias Bornemann. (APA)

Österreich blockiert Mercosur

Abstimmung in Brüssel voraussichtlich Mitte 2020

Wien – Der Bauernbund zeigt sich höchst erfreut vom „Schulterchluss für die heimische Landwirtschaft“. Der Hausverband habe gesiegt, lobt Präsident Georg Strasser, das Votum im EU-Unterausschuss im Nationalrat. Am Mittwochabend wurde dort gegen das EU-Mercosur-Abkommen gestimmt. Damit wird die Regierung verpflichtet, in Brüssel gegen das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern zu stimmen.

Regierungssprecher Alexander Winterstein hält am Donnerstag fest, dass die Verfassung in der Sache sehr klar sei und die Bundesregierung sich an die Bindung halten werde. Dass die aktuelle Übergangsregierung überhaupt in die Lage kommt wird, das geforderte Veto einzulegen, ist unwahrscheinlich. Denn für das Abkom-

men gibt es erst eine politische Einigung. Der Text wird derzeit ausformuliert. Bis es zu einer Abstimmung im EU-Rat kommt, in dem alle EU-Staaten einstimmig entscheiden müssen und Österreich sein Veto einlegen kann, dürfte es Mitte 2020 werden. Hierzulande wird es bis dahin wohl einen neu zusammengesetzten Nationalrat und eine neue Regierung geben.

Wie bindend für diese der Beschluss ist, ist laut Werner Zögeritz, früherer ÖVP-Klubdirektor und Leiter des Instituts für Parlamentarismus und Demokratieforschung, strittig. Allein ist Österreich mit seiner Ablehnung nicht. Harsche Kritik gibt es von Anfang an EU-weit von Umweltschutzgruppen und Landwirten. (APA, red)

Kommentar der anderen Seite 31
Kommentar Seite 32